

NGG Landesbezirk Ost | Gotzkowskystraße 8 | 10555 Berlin

Berlin, 1. Juni 2022

Betreff: Sondervermögen „Bundeswehr“

Sehr geehrte\*r Abgeordnete\*r, liebe Kollegin, lieber Kollege,

am 29. April hat der Bundestag erstmals den Gesetzentwurf für eine Änderung des Grundgesetzes zur Einrichtung eines Sondervermögens „Bundeswehr“ von 100 Milliarden Euro beraten.

Wir alle sind bestürzt über den Überfall Russlands auf die Ukraine und die dramatischen Ereignisse seitdem. Als NGG verurteilen wir diesen Krieg und versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten, den geflüchteten Menschen aus der Ukraine zu helfen – sei es durch Spenden für den Verein „Gewerkschaften helfen“, die Unterstützung und Aktivität einzelner Mitglieder von uns oder durch den Einsatz in den Betrieben, ukrainischen Geflüchteten einen fairen Arbeitsmarktzugang zu ermöglichen.

Wir unterstützen auch das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine.

Zugleich treibt uns aber - wie viele andere - die Sorge vor einer weiteren Eskalation des Konfliktes um. Bereits in den zurückliegenden Jahren sind die weltweiten Rüstungsausgaben deutlich gestiegen und liegen inzwischen bei über zwei Billionen US-Dollar. Auch Deutschland hat seinen Verteidigungsetat kontinuierlich erhöht.

Vor diesem Hintergrund würden wir gern wissen:

- 1. Wie stehen Sie/ stehst Du zu der geplanten Grundgesetzänderung zur Einrichtung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für Militär und Verteidigung und werden/ wirst bei der abschließenden Behandlung abstimmen?**
- 2. Wie stehen Sie / stehst Du zu dem NATO-Ziel, die Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen?**

---

Der Landesbezirk Ost der NGG unterstützt den Appell "Demokratie und Sozialstaat bewahren - Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!". Die Gründe haben wir auf unserer Website dargelegt: [NGG.Ost: Appell gegen Aufrüstung](#). Der Glaube an Abschreckung durch Aufrüstung ist ein Irrglauben. Wettrüsten wirkt nicht befriedend. Es gibt genügend Dinge in unserer Gesellschaft, für die die geplanten 100 Mrd. Euro sinnvoll und dringend nötig eingesetzt werden können und sollten.

Soweit wir informiert sind, wird die abschließende Behandlung und Beschlussfassung des Gesetzentwurfes zeitnah erfolgen. Bei einer solch folgenschweren Entscheidung brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte. Wir beteiligen uns daran und führen die Diskussion auch in unserer Gewerkschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Ledwig  
Landesvorsitzender